**Deutscher Bundestag**
**4. Wahlperiode**

**Drucksache IV/628**

**Der Bundesminister für Wirtschaft**
III A 3 — 08 55 30

Bonn, den 4. September 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Krise im deutschen Metallerzbergbau**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Deist, Arendt (Wattenscheid) und Genossen**
**— Drucksache IV/591 —**

Die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Deist, Arendt (Wattenscheid) und Genossen vom 19. Juli 1962 beantworte ich wie folgt:

**Zu 1.**

Der Bundesregierung ist bekannt, daß die Notierungen der Londoner Metallbörse, die seit Wiedereröffnung der Börse 1952/53 die Preise der deutschen Blei- und Zinkhütten bestimmen, in dem Zeitraum von 1956 bis Mai 1962

für Blei von 126 £ je longton um mehr als 50 v.H. auf 59 £ und
für Zink von 105 £ je longton um 35 v.H. auf 68 £

gesunken sind. Seitdem haben die Notierungen der Londoner Metallbörse weiter nachgegeben:

für Blei im Durchschnitt des Monats Juni 1962 auf 57 £,
im Durchschnitt des Monats Juli 1962 auf 54 £,
am 1. August 1962 auf 50 1/2 £

und

für Zink im Durchschnitt des Monats Juni 1962 auf 67 £,
im Durchschnitt des Monats Juli 1962 auf 66 £,
am 1. August 1962 auf 64 3/4 £

**Zu 2. a)**

Es trifft zu, daß bedeutende Länder der westlichen Welt, die eigenen Erzbergbau und größtenteils auch Metallhütten betreiben, diese ihre einheimischen Betriebe durch wirtschafts-

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Bonner Talweg 100
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 63551

politische Maßnahmen schützen. Die inländischen Preise dieser Länder werden insbesondere durch mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen und Zölle hochgehalten; oft werden darüber hinaus zur Erhaltung unwirtschaftlicher Bergbaubetriebe Subventionen und steuerliche Privilegien gewährt. So wird in der westlichen Welt weit mehr als die Hälfte der Produktion an Blei und Zink zu Preisen abgesetzt, die bis zu 70 v. H. über den Londoner Notierungen liegen. Auf diese Weise bleiben in diesen Ländern Gruben in Betrieb, die unter normalen Verhältnissen nicht bestehen könnten. Die Gesamtproduktion an Blei und Zink in den Hochpreisländern der westlichen Welt liegt aber wesentlich höher als deren eigener Bedarf; der Überschuß der Produktion wird ausgeführt und an der Londoner Börse zu außerordentlich niedrigen Preisen gehandelt. Zu diesen niedrigen Preisen können die deutschen Metallverarbeiter ihren Bedarf eindecken, so daß sie begreiflicherweise nicht bereit sind, für die deutsche Erzeugung — die mangels eigener Stützungsmaßnahmen natürlich wesentlich höhere Kosten hat als es den Londoner Metallnotierungen entspricht — einen höheren Preis zu bezahlen. Infolgedessen ergeben sich die beiden Alternativen:

a) Es wird auf die deutsche Erzförderung und Gewinnung der Konzentrate verzichtet; damit hätten dann auch die deutschen Metallhütten keine ausreichende Erzversorgung mehr; die Verarbeiter würden dafür den Bedarf an Metall zu den billigen Londoner Preisen decken.

b) Wenn man die erste Alternative nicht will, müßten Wege gefunden werden, um den deutschen Bergbaubetrieben und ihren Hütten derart zu helfen, daß sie ohne Verluste arbeiten können.

Die Internationale Blei- und Zink-Studiengruppe der Vereinten Nationen hat sich seit 1958 vergeblich darum bemüht, das bestehende Überangebot an diesen Metallen durch die Empfehlung freiwilliger Produktionskürzungen zu beseitigen. Die durch das Überangebot entstandenen Schwierigkeiten werden durch die Tatsache erhöht, daß der Ostblock, der seine internen Preise beliebig manipulieren kann, in erheblichem Umfange Blei und Zink exportiert und mit seinen Ausfuhren die Londoner Preise ebenfalls drückt. Auch hier haben die Vereinten Nationen vergeblich den Versuch unternommen, auf die Verringerung der Exporte hinzuwirken.

So wie der deutsche Erzbergbau durch die ungewöhnlich niedrigen Londoner Notierungen betroffen ist, sind auch die deutschen Blei- und Zinkhütten seit Mitte 1960 zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt, denen die folgenden Ursachen zugrunde liegen: Die wesentlich über den Londoner Notierungen liegenden Inlandspreise in den geschützten Ländern haben zur Schaffung neuer Hüttenkapazitäten angereizt, was zu dem

Überangebot an Metallen geführt hat. Andererseits haben bedeutende Bergbauländer, die früher ausschließlich Erze exportierten, in zunehmendem Maße eigene Hütten errichtet, so daß ihre Erzüberschüsse geringer geworden sind. Bei dem sich hieraus ergebenden Kampf um die noch freien Erze der Welt bieten die Hütten der geschützten Länder erheblich höhere Preise als die deutschen Hütten, die hierzu wegen ihrer Abhängigkeit von der Londoner Börse nicht in der Lage sind. Ihre Versorgung mit metallhaltigen Vorstoffen wird infolgedessen immer schwieriger. Um die zur wirtschaftlichen Ausnutzung der Hüttenkapazität notwendigen Mengen von Auslandserzen zu bekommen, müssen sie Schmälerungen ihrer Verhüttungsvergütung, des sogenannten Hüttenlohnes, in Kauf nehmen, so daß ihre Kosten nicht mehr gedeckt sind und damit ihre Existenz gefährdet wird.

**Zu 2. b)**

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß die Ursachen der Krise der deutschen Metallerzeuger (Gruben und Hütten) internationaler Natur sind. Von 17 Gruben und 4 selbständigen Aufbereitungsanlagen, die zu Beginn der Krise im Jahre 1957 in der Bundesrepublik in Betrieb waren, stehen heute noch 8 Gruben in Förderung; die übrigen sind zum größten Teil wegen der durch die verzerrten Marktverhältnisse geschaffenen Lage stillgelegt worden, obgleich sie unter normalen Verhältnissen wirtschaftlich hätten betrieben werden können.

Die Belegschaft des Metallerzbergbaus betrug im Jahr 1952 rund 9 500 Mann und im Jahr 1957 rund 7 600 Mann. Seitdem ist sie auf einen Stand von rund 2 800 Mann zurückgegangen. Die Bergwerkserzeugung belief sich im Jahr 1952 auf rund 51 000 t Blei und rund 81 000 t Zink. Sie erreichte ihren Höchststand im Jahre 1957 mit rund 71 000 t Blei und rund 94 000 t Zink, um bis zum Jahre 1961 auf rund 50 000 t Blei und rund 87 000 t Zink abzusinken.

Die je Mann und Schicht (Produktivität der Gesamtbelegschaft) ausgebrachte Metallmenge Blei und Zink stieg jedoch dank intensiver Rationalisierungsmaßnahmen von 58 kg im Jahre 1952 auf rund 98 kg im Jahre 1957 und erreichte im Jahre 1961 185 kg.

Nach Angaben, die die Vertreter des französischen und des italienischen Metallerzbergbaus bei den Beratungen über den EWG-Außenzoll für Blei und Zink über das dort notwendige Erlösniveau abgegeben haben, liegen die durchschnittlichen Gestehungskosten der deutschen Gruben innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besonders günstig. Ein Vergleich mit den Bergbaubetrieben der übrigen Erzeugerländer der westlichen Welt ergibt nach allen verfügbaren Unterlagen

ebenfalls eine gute Position des deutschen Metallerzbergbaus, die allerdings in Einzelfällen, bei denen im Ausland reichere Lagerstätten abgebaut werden, übertroffen wird. Trotzdem ist infolge der Auswirkungen der niedrigen Londoner Preise für Blei und Zink die Existenz der deutschen Gruben und Hütten ernsthaft bedroht. Es ist zu befürchten, daß einige dieser Betriebe ohne Hilfe zum Erliegen kommen; selbst die besten Betriebe geben Anlaß zur Besorgnis.

**Zu 2. c)**

Der Deutsche Blei- und Zink-Erzbergbau deckt nur rund 25 v. H. des Vorstoffbedarfs der Bleihütten und rund 43 v. H. des Vorstoffbedarfs der Zinkhütten. Die deutsche Hüttenproduktion deckt rund 87 v. H. des Bleibedarfs und rund 60 v. H. des Zinkbedarfs. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß schon heute die deutsche Versorgung zu einem großen Teil, insbesondere auf dem Gebiete der Erze und Konzentrate, auf Bezüge aus dem Ausland angewiesen ist. Eine Schließung der deutschen Erzgruben und die damit verbundene Beeinträchtigung der Erzversorgung der deutschen Hütten würde mit Wahrscheinlichkeit eine gewisse Verteuerung der Erzbezüge und damit der deutschen Metallproduktion zur Folge haben. Angesichts der Tatsache aber, daß in der Welt, wie oben dargestellt, zur Zeit ein Überangebot an Metallen — nicht an Erzen — vorhanden ist, und da beachtliche Vorräte an Metallen in einigen Ländern gehalten werden, ist es schwierig, eine Prognose hinsichtlich der Entwicklung der Metallpreise anzustellen. Mit Sicherheit ist aber damit zu rechnen, daß durch eine Schließung der deutschen Bergbaubetriebe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Metallhütten entscheidend betroffen würde. Sollte sich das gegenwärtige Überangebot in Zukunft ändern und sollten die Londoner Notierungen infolge einer Verknappung erheblich steigen, so würde die Wettbewerbsfähigkeit auch der deutschen Blei- und Zinkverarbeiter stark beeinträchtigt werden, wenn einmal die Metallerzeugung aus deutschem Aufkommen als preisregulierender Faktor weggefallen ist. Die Erfahrungen in der Vergangenheit (z. B. während der Korea-Krise) haben diesen Einfluß auf die Preisbildung für Blei und Zink im Inland deutlich erkennen lassen.

**Zu 3.**

In der Erkenntnis, daß als natürlicher Weg zur Behebung der kritischen Situation eine Normalisierung des Weltmetallmarktes durch Abbau und Aufhebung der wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen der meisten Erzeugerländer in absehbarer Zeit nicht erreichbar erscheint, hat die Bundesregierung bisher eine gewisse Erleichterung der Situation dadurch geschaffen, daß sie die ihr von der EWG-Kommission zugestandenen zollfreien Einfuhrkontigente an Blei und Zink auf Werkblei (Hüttenvor-

stoff) und im Inland nicht ausreichend erzeugtes Feinstzink beschränkt und damit die Wirksamkeit des seit dem 1. Januar 1962 geltenden nationalen Außenzolles von 1,60 DM je 100 kg Blei oder Zink verstärkt hat. Die Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung der deutschen Erze und der daraus gewonnenen Metalle gegenüber Importerzen und -metallen durch Aufhebung der umsatzsteuerlichen Belastung ab 1. Juli 1961 hat ebenfalls eine Entlastung der deutschen Metallerzeuger zur Folge. Darüber hinaus wird sich die Bundesregierung bemühen, die Angleichung der erst am Ende der Übergangszeit in Kraft tretenden vollen EWG-Außenzölle von je 5,28 DM/100 kg (= 4,8 $/lgt) für Blei und für Zink vorzeitig und unter Umständen eine Anhebung dieser Zölle unter Beachtung des EWG-Vertrages und der GATT-Vereinbarungen (Dillon-Runde) durchzusetzen.

Diese Maßnahmen reichen zum vollen Ausgleich der Auswirkungen der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen nicht aus. Deshalb prüft die Bundesregierung, ob bei den Metalleinfuhren Dumpingtatbestände gegeben sind, die Antidumpingmaßnahmen rechtfertigen.

Die Metallindustrie hat untersucht, ob im Wege einer Selbsthilfeaktion größere Verarbeitergruppen bereit und in der Lage sind, zur Erhaltung der inländischen Erzeugung beizutragen. Da auf diesem Wege keine wirksame Hilfe für die deutsche Blei- und Zinkerzeugung erreicht werden konnte, wird die Bundesregierung eine Regelung für einen Preisausgleich auf dem Blei- und Zinkgebiet umgehend ausarbeiten, wobei die Kartell- und Beihilfebestimmungen des EWG-Vertrages zu beachten sind.

Schließlich wird die Bundesregierung in der Internationalen Blei- und Zink-Studiengruppe der Vereinten Nationen weiter darum bemüht sein, daß die Produktionsüberhänge abgebaut und Angebot und Nachfrage allmählich in Übereinstimmung gebracht werden.

In Vertretung

**Westrick**